



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Jemen

NEW YORK, 16. April 2021 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die Ankündigung Saudi-Arabiens vom 22. März zur Beendigung des Konflikts in Jemen und zur Herbeiführung einer umfassenden politischen Lösung, die von Jemen unterstützt wird und mit dem Vorschlag des Sondergesandten übereinstimmt, eine landesweite Waffenruhe herzustellen, den internationalen Flughafen von Sanaa wieder zu eröffnen und den freien Schiffsverkehr für die Anlieferung von Treibstoff und anderen Gütern im Hafen von Hudaida gemäß dem Abkommen von Stockholm zu ermöglichen. Sie begrüßten die Bemühungen Omans zur Vermittlung zwischen den Hauptbeteiligten und befürworteten ein kontinuierliches Engagement in der Region.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten alle Parteien auf, konstruktiv mit dem Sondergesandten der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten und ohne Vorbedingungen eine sofortige landesweite Waffenruhe und eine alle Seiten einschließende politische Regelung unter jemenitischer Eigenverantwortung auszuhandeln, im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, namentlich [2216 \(2015\)](#) und [2565 \(2021\)](#). Sie forderten die volle, gleichberechtigte und produktive Teilhabe der Frauen sowie die Teilhabe der Jugendlichen, im Einklang mit früheren Resolutionen. Sie wiesen auf ihr nachdrückliches Bekenntnis zur Einheit, Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Jemens hin. Sie erklärten erneut, dass das Abkommen von Riad auch weiterhin durchgeführt werden muss.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten die anhaltende Eskalation in Marib, die die humanitäre Krise in Jemen verschärft, mehr als eine Million Binnenvertriebene hohen Risiken aussetzt und die Anstrengungen zur Herbeiführung einer politischen Regelung bedroht, während in der internationalen Gemeinschaft zunehmende Einigkeit über die Beendigung des Konflikts herrscht. Sie äußerten die Sorge, dass die militärische Eskalation in Marib von terroristischen Gruppen wie Al-Qaida ausgenutzt werden könnte, um ihre Präsenz in Jemen auszuweiten. Sie forderten die Huthis auf, ihre Eskalation in Marib zu beenden, und verurteilten die grenzüberschreitenden Angriffe auf Saudi-Arabien. Sie äußerten sich besorgt über die militärischen Entwicklungen in anderen Teilen Jemens und betonten, dass es einer Deeskalation durch alle Parteien bedarf. Sie verurteilten die Einziehung und den Einsatz von Kindern, einschließlich in Marib. Sie forderten, dass diejenigen, die für Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden. Sie erklärten erneut, dass alle Konfliktparteien ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht einhalten müssen, insbesondere ihre Verpflichtungen zur Gewährleistung des humanitären Zugangs, zum Schutz von Zivilpersonen und zivilen Objekten sowie zum Schutz des humanitären Personals und des Gesundheitspersonals und ihrer Einrichtungen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre große Besorgnis über die verheerende wirtschaftliche und humanitäre Lage, insbesondere über anhaltenden Hunger und die wachsende Gefahr einer Hungersnot großen Ausmaßes, und betonten, wie wichtig es ist, kritische Handelseinfuhren und die Bereitstellung humanitärer Hilfe zu erleichtern. Sie forderten die Regierung Jemens auf, das Einlaufen von Treibstoffschiffen in den Hafen von Hudaida unverzüglich und regelmäßig zu erleichtern, um die Lieferung lebenswichtiger Güter und humanitärer Hilfe zu gewährleisten, und unterstrichen, dass Treibstoff, der über den Hafen von Hudaida eintrifft, nicht zum persönlichen Gewinn oder zur Finanzierung der Eskalation des Konflikts verwendet werden darf. Sie forderten die Parteien auf, ihrer nach dem Abkommen von Stockholm eingegangenen Verpflichtung nachzukommen, die Einnahmen

21-05139 (G)



aus dem Hafen von Hudaida zur Zahlung der Gehälter der öffentlich Bediensteten zu verwenden.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats betonten, dass von dem „Safer“-Öltanker und seinem üblen, verrotteten Zustand eine ernste Bedrohung, ja die Gefahr einer ökologischen, wirtschaftlichen, maritimen und humanitären Katastrophe für Jemen und die Region ausgeht. Sie betonten, dass die Huthis die Verantwortung für die Lage tragen, forderten sie auf, Sachverständigen der Vereinten Nationen dringend und ohne Vorbedingungen sicheren Zugang für die Durchführung einer unbedingt notwendigen Begutachtungs- und Reparaturmission zu ermöglichen und dabei eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zu gewährleisten, betonten die Notwendigkeit, noch offene Fragen endgültig zu regeln, und nahmen Kenntnis von den jüngsten konstruktiven Gesprächen in dieser Hinsicht.
